

B - Abmahnung vom 22. Februar 2021

From: Funkturm@t-online.de

Sent: Monday, February 22, 2021 3:11 PM

To: ulf.gerlach@sensw.berlin.de ; joachim.sichter@sensw.berlin.de ; Anja.Menzel@SenSW.Berlin.de

Cc: Funkturm@t-online.de ; VABB - Vereinte Anwohner von Berlin-Blankenburg ; Redaktion@Berlin-Blankenburg.de

Subject: AUFFORDERUNG ZUR UNTERLASSUNG und BITTE UM STELLUNGNAHME

Zitat:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Fehrbelliner Platz 4

10707 Berlin

Abt. SoWo 48

Projektleitung Blankenburger Süden

- z. H. Herrn Ulf Gerlach -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gerlach,

vor wenigen Tagen wurde mir von einer Bekannten eine farbige Broschüre übergeben, die ihr von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Dezember 2020 zugesandt worden war. Es handelt sich dabei um eine Dokumentation mit dem Titel: **“Projektbeirat ‘Stadt behutsam weiterbauen im Blankenburger Süden’ Zehnte Sitzung am 19.09.2020”**. Auf Seite 3 der u. a. mit dem Berlin-Logo als offizielles Dokument der Landesregierung gekennzeichneten Publikation findet sich die folgende Textpassage:

*“Anschließend stellt Herr Gerlach den durch den VABB – Vereinte Anwohner von Berlin-Blankenburg e.V. gestellten Antrag vor. Der VABB beantragt die Aufnahme in den Projektbeirat. Herr Gerlach erläutert, dass der VABB im Zusammenhang mit der Planung des Blankenburger Südens gegründet wurde und ausschließlich in Blankenburg aktiv ist. **In einem in der Vergangenheit gestellten Antrag habe das Vereinsmitglied Herr Papenbrock bereits die Auflösung des Projektbeirates gefordert.** Eine Aufnahme des VABB in den Projektbeirat wird - trotz der grundsätzlichen Anerkennung des Beteiligungswunsches - kritisch gesehen. **U.a. haben Projektbeiratsmitglieder in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit Herrn Papenbrock gemacht.** Außerdem wird darauf hingewiesen, dass im Projektbeirat darauf geachtet werden müsse, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen lokalen und gesamtstädtischen Interessen beibehalten wird. Dieses würde durch eine Aufnahme ins Ungleichgewicht gebracht. In einer anschließenden Abstimmung per Handzeichen stimmt der Projektbeirat mit lediglich einer Stimme für die Aufnahme des VABB in den Projektbeirat; die offensichtliche überwiegende Mehrheit stimmt dagegen. Der Antrag wird somit abgelehnt.”*

Die von mir im vorstehenden Auszug in **ROT markierten Sätze** verletzen sowohl meine Persönlichkeitsrechte, als auch die meines Sohnes, XXX Papenbrock, in unerträglicher Weise!

1.

Es besteht kein nachvollziehbarer Anlass, der die öffentliche Nennung unseres Familiennamens rechtfertigen würde.

.

2.

Weder ich, noch mein Sohn, war Teilnehmer der nichtöffentlichen Sitzung des Projektbeirates, die den Gegenstand der verbreiteten Dokumentation der Senatsverwaltung bildet.

.

3.

Das schriftliche 9-seitige Schreiben des gemeinnützigen VABB – Vereinte Anwohner von Berlin-Blankenburg e.V. vom 22. August 2020, enthielt zwei ausführlich begründete Anträge. Demnach ist bereits die Formulierung *“...stellt Herr Gerlach den durch den VABB – Vereinte Anwohner von Berlin-Blankenburg e.V. gestellten Antrag vor”* grob irreführend und wahrheitswidrig. Das Schreiben ist von der Vorstandsvorsitzenden des VABB e.V. unterzeichnet. Der Name PAPENBROCK wird in diesem Schreiben vom 22.08.2020 lediglich im ersten Teil auf Seite 3 erwähnt, wo ich (Wolfgang Papenbrock) **in der Wahrnehmung meiner beruflichen Aufgaben als Journalist** auf der Liste der 12 Teilnehmer an der Pressekonferenz vom 16.07.2020 im Hause der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen benannt werde.

.

4.

Der Hinweis auf einen *“In der Vergangenheit gestellten Antrag”* zur Auflösung des Projektbeirates, den *“das Vereinsmitglied Herr Papenbrock”* gestellt haben soll, ist grob irreführend und in seiner Pauschalisierung wahrheitswidrig und damit rechtswidrig. Da Ihnen bekannt ist, dass ich mich als Privatbürger ehrenamtlich, u. a. im staatlich als gemeinnützig anerkannten VABB – Vereinte Anwohner von Berlin-Blankenburg e.V. engagiere und dort als 1. Stellvertreter dem Vorstand angehöre, trifft die Formulierung *“das Vereinsmitglied Herr Papenbrock”* offensichtlich auf meinen Sohn XXX Papenbrock zu, der ein einfaches Mitglied des Vereins ohne Funktion ist. Diesen aus einem großen Kreis von Bürgern herauszulösen, die sich über systematisch betriebene staatliche Ausgrenzung empören, kommt einer **öffentlichen Bloßstellung mit Prangerwirkung** gleich.

.

5.

Die Forderung zur “Auflösung des Projektbeirates” wurde in der Vergangenheit weder von mir persönlich noch von meinem Sohn gestellt. Einziger Bezug Ihres im Kreise der zahlreichen Versammlungsteilnehmer herausgestellten Vorwurfs könnte die **“GEMEINSAME ERKLÄRUNG vom 31. März 2019 der Allianz ausgegrenzter Anwohner-Initiativen an den PROJEKTBEIRAT ‘BLANKENBURGER SÜDEN’”** sein, bei der die Unterzeichner im Namen aller durch sie vertretenen Bürger und Anwohner die folgenden Forderungen formuliert hatten:

“

- Die Auflösung des aktuell belasteten Projektbeirates “Blankenburger Süden”!
- Die Untersuchung und Aufarbeitung von fragwürdigen Praktiken und Vorgängen um die Teilnehmerauswahl, Konstituierung und Arbeitsweise des amtierenden Projektbeirates ‘Blankenburger Süden’!
- Die öffentliche Auswertung der gescheiterten Bürgerbeteiligung mit fairem Neuanfang (u.a. ohne „Zebralog“)
- Die Neukonstituierung des Projektbeirates unter Einbeziehung demokratisch legitimierter Anwohnervertreter!

- Alle Maßnahmen von notwendigen Infrastruktur-, ÖPNV-Erweiterungen und Wohnungsbau in Blankenburg grundsätzlich OHNE ENTEIGNUNGEN und OHNE Inanspruchnahme von Eigentums- und Erbbaupachtgrundstücken und unter Beachtung der Rechte älterer Menschen nach Art. 25 der Charta der Grundrechte der EU!

- Eine 'Winfried-Freudenberg-Gedenkstätte' als Bildungs-, Kultur- und Begegnungsstätte für Jung und Alt!"

An den Formulierungen "**des aktuell belasteten**" und "fragwürdigen Praktiken und Vorgängen um die Teilnehmerauswahl, Konstituierung und Arbeitsweise **des amtierenden**" (Projektbeirates) ist offenkundig, dass es sich bei der Forderung im März 2019 auch inhaltlich nicht um den selben Projektbeirat aus dem Herbst 2020 handelt, den der Aufnahmeantrag im Schreiben des VABB e.V. betrifft. Dies wird insbesondere auch in der ausführlichen Begründung für den Antrag zur Aufnahme in den aktuellen Projektbeirat vom 22.08.2020 deutlich, wo auf den Seiten 5 bis 9 ausdrücklich zur veränderten Situation vorgetragen wird, die sich nach der **Amtsniederlegung der am 02.08.2020 zurückgetretenen Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Frau Katrin L o m p s c h e r**, ergeben hat. Erst dieser Rücktritt hatte zur Antragstellung des VABB e.V. unter den nunmehr veränderten Voraussetzungen geführt.

Die Bezugnahme der Forderungen der "Allianz ausgegrenzter Anwohner-Initiativen" aus dem März 2019 im Zusammenhang mit der Nennung unseres Familiennamens in der nichtöffentlichen Projektbeiratssitzung vor einer Vielzahl von Teilnehmern und den per Videochat zugeschalteten Beobachtern ist auch eine grobe **Herabwürdigung des gesellschaftlichen Engagements meines Sohnes und meiner Person, die den Tatbestand der üblen Nachrede und der Verleumdung erfüllt**.

Dies wird insbesondere deutlich, wenn man den Kontext meiner damaligen Forderung im Rahmen der "**GEMEINSAME ERKLÄRUNG vom 31. März 2019 der Allianz ausgegrenzter Anwohner-Initiativen an den PROJEKTBEIRAT 'BLANKENBURGER SÜDEN'**" betrachtet, wo ich persönlich neben einer Ablichtung dargestellt und wie folgt zitiert werde:

"Wolfgang Papenbrock (66) wohnt seit 1956 in der Blankenburger Parksiedlung. Der Vorstand vom "Greenwatch e.V." fordert eine konsequente Entstasifizierung! Er schlägt die Umbenennung des Bauprojekts in "Winfried-Freudenberg-Quartier" sowie die Benennung einer Hauptstraße nach dem letzten Mauertoten vor, der am 08.03.1989 aus der "Anlage Blankenburg" zu einer tödlich endenden Ballonflucht gestartet war. "Nie wieder soll ein junger Mensch hier oder anderswo für die ersehnte Freiheit sinnlos sein Leben riskieren müssen!" meint Papenbrock."

Für meinen Sohn XXX Papenbrock stellt sich Ihr grundlos konstruierter Zusammenhang zum Kontext auf dem Flyer "**GEMEINSAME ERKLÄRUNG vom 31. März 2019 der Allianz ausgegrenzter Anwohner-Initiativen an den PROJEKTBEIRAT 'BLANKENBURGER SÜDEN'**" wie folgt her:

"MXXX XXXXX (17) vom OSZ-KIM ist Blankenburger und Mitgestalter des gemeinnützigen Jugendprojekts 'Berlin-Blankenburg.de'. 'Wir sind die Zukunft' ist unser Motto, und wir wollen auch In die Zukunftsplanung unseres Heimatortes eingebunden werden!" MXXX und sein Mitschüler XXXX haben im Rahmen des betrieblichen Praktikums eine sehenswerte

Webseite für Berlin-Blankenburg mit beachtlichem Mehrwert geschaffen. Das umfangreiche Gewerbe-Register, die Foto- und die Video-Galerie sowie aktuelle Seiten sind informativ und nützlich. "Wir wollen unseren Ortsteil auch für Touristen interessant machen! Es gibt ganz konkrete Ideen und Pläne", sagt der junge Lokal-Reporter, der u. a. vom "Junge Presse NRW e.V." mit dem Jugendpresseausweis unterstützt wird."

Besonders verwerflich und unerträglich ist dieser Vorgang im Rahmen einer Präsentation der Senatsverwaltung des Landes Berlin von überregionaler Verbreitung gegenüber einem noch in der Entwicklungsphase befindlichen jungen Menschen! Die ganze Tragweite dieser persönlichen Diffamierungen, die nicht nur innerhalb der Versammlung am 19.09.2020, sondern nunmehr sogar öffentlich im Internet auf der offiziellen Webseite der Senatsverwaltung verbreitet werden, ist Ihnen und den übrigen Verantwortlichen in Ihrer Verwaltung offenbar bisher völlig entgangen.

6.

Ihre in den Printausgaben und auf den Internetseiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen veröffentlichten Formulierungen "**U.a. haben Projektbeiratsmitglieder in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit Herrn Papenbrock gemacht.**" vermitteln dem unbefangenen Leser den Eindruck, es hätte nicht näher bezeichnete verwerfliche, gesetzwidrige oder gegen die Guten Sitten verstoßende Vorgänge gegeben, die zumindest mehrere (!) ebenfalls nicht näher bezeichnete "Projektbeiratsmitglieder" mit mir persönlich und/oder mit meinem Sohn XXXX Papenbrock zu einem ebenfalls nicht konkret benannten Zeitpunkt ("in der Vergangenheit") gemacht hätten. Offen bleibt auch, ob es sich um Begegnungen oder Vorgänge in der Kindheit, in der Schulzeit oder im späteren Leben meiner Person oder etwa im Jugendalter meines Sohnes handelt. Was eine öffentliche Verbreitung derart undifferenzierter ehrverletzender Behauptungen ohne jeden Tatsachenbezug in offiziellen Dokumentationen der Berliner Landesregierung zu suchen hat, muss aufgeklärt werden!

7.

Offensichtlich handelt es sich nicht um einen eher harmlosen "Kantinentratsch" aus der Gerüchteküche, wenngleich auch dies gesetzwidrig wäre. Ob es sich hierbei um **gezielte politisch motivierte Propaganda zur Ausgrenzung unliebsamer Kritiker** handelt, wie es zunächst den Anschein hat, oder aber "nur" um eine Retourkutsche für meine Veröffentlichungen ("<https://rettet-blankenburg.de/forum-blankenburger-sueden/>") des Vorgangs Ihrer unrühmlichen Beteiligung an der Kasztantowicz-Affäre, in der von Ihnen, Herr Gerlach, unter Angabe Ihrer Privatadresse **eine falsche eidesstattlichen Versicherung zur Vorlage bei Gericht** abgegeben worden war, macht im Kern jedoch keinen Unterschied. Wie Sie wissen, ging es auch schon im Jahr 2018 um die Aufdeckung ungesetzlicher Handlungen des Herrn Kasztantowicz im Zusammenhang mit der intransparenten Arbeitsweise des "**Forum Blankenburger Süden**" im Rahmen der "**Bürgerbeteiligung**" zum Großbauprojekt "**Blankenburger Süden**" (vgl. auch <https://rettet-blankenburg.de/luegenkalender/8-dezember-2018/>). In der Folge war Herr Kasztantowicz (trotz Ihrer unseriösen "Schützenhilfe") bei den von ihm selbst angestregten Gerichtsverfahren in mehreren Instanzen unterlegen. Bereits diese Vorgänge im Jahr 2018 waren für alle objektiv am Gemeinwohl interessierten Blankenburger Bürger unerträglich. Diesmal sind Sie aber zweifelsfrei zu weit gegangen!

8.

Ich fordere Sie hiermit auf,

[a]

die oben benannten Passagen in den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen unverzüglich zu unterlassen, weil diese rechtswidrig sind;

.

[b]

mir den konkreten Wortlaut Ihres Redebeitrags, der in der o. g. Broschüre auf Seite 3 benannt wird ("**Anschließend stellt Herr Gerlach den durch den VABB...**"), mitzuteilen;

.

[c]

mir die konkreten Namen- und Kontaktdaten der Teilnehmer:innen der Versammlung vom 19.09.2020 mitzuteilen, vor denen Sie den vorgenannten Redebeitrag gehalten haben;

.

[d]

mir mitzuteilen, welche der Teilnehmer:innen der Versammlung vom 19.09.2020 in welcher konkreten Form (wörtlich) von "**negativen Erfahrungen mit Herrn Papenbrock**" berichtet haben;

.

Für die Erledigung der vorgenannten Forderungen und zur Übersendung einer Stellungnahme gebe ich Ihnen **hiermit Gelegenheit bis spätestens zum 25.02.2021**. Sollten Sie diese Frist fruchtlos verstreichen lassen, werde ich ohne weiteres Zuwarten anwaltliche und gerichtliche Hilfe zur Wahrung meiner Rechte in Anspruch nehmen.

.

Mit freundlichen Grüßen

.

Wolfgang Papenbrock

Parkstr. 22

13129 Berlin

Fax: 76.76.73.65

E-Mail: Funkturm@t-online.de

.

Zitat-Ende